

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen



Verlagsgesellschaft: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Friedrichstraße 12 bis 14 bezw. Köpckeplatz 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. - Fernsprech-Zammelnnummer 7991

Nummer 161

Halle, Dienstag den 19. Juni

1917

Zweimaliger französischer Anlauf bei Gurtebise zurückgeschlagen. Wiedergewinnung einiger Gräben bei Ronchy durch Sturmtrupps.

(S. 1. 8.) Großes Hauptquartier 19. Juni. Westlicher Kriegsschauplatz: Seeresgade Kronprinz Rupprecht. An der Mauberge und Arras-Front ist die Lage un- verändert. In wechselnder Stärke dauern der Artillerie- kampfen an; geteilt war es besonders zwischen Boesche und Tréhanen lebhaft.

Teillich von Ronchy warfen unsere Sturmtrupps die Gräben aus einigen Gräben, die bei den Stößen am 11. Juni noch in Feindbesand geblieben waren. Seeresgade Deutscher Kronprinz. Von neuem verlusten die Franzosen bei Einbruch der Dunkelheit die ihnen kürzlich entrissenen Gräben nordwestlich des Schloßes Gurtebise zurückzugewinnen; ihr zweimaliger Anlauf wurde zurückgeschlagen.

In der Champagne drang der Feind gestern morgen nach Harten Feuer in einen vorliegenden Teil unter Stellung nördlich des Vogelsbergs. Ein abends unternommener Vorstoß zur Erweiterung seines Besitzes schlug verlustreich fehl. Seeresgade Herzog Albrecht. Nichts Neues.

Vom östlichen Kriegsschauplatz und von der mazedonischen Front sind größere Kampfhandlungen nicht gemeldet. Der Erste Generalquartiermeister: Lubenborff.

Das Friedensbedürfnis allgemein.

Paris, 19. Juni. Neuer Insohne wie die Petersburger Telegramm-Agentur bringen Mitteilungen betreffend die Übermittlung des Angebotes eines deutschen Friedens in Petersburg durch Bundesrat Hoffmann. Chef des politischen Departements, demütigend in den letzten Wochen dort weilenden schweizerischen sozialistischen Nationalrats W. Grimm aus Bern. Zu diesem Telegramm erzählt die Schweizer Deutsch- Agentur von folgender Seite: Am 27. Mai 1917 hatte Nationalrat Grimm die Schweizer Gesandtschaft in Petersburg, wo er sich damals aufhielt, ersucht, Herrn Bundesrat Hoffmann ein Telegramm zu übersmitteln, in welchem er anführte, das Friedensbedürfnis sei allgemein vorhanden. Ein Friedensschluß sei in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine zwingende Notwendigkeit. Die Erkenntnis hieron liege an maßgebender Stelle vorhanden. Die einzige hindernde und vorhandene Forderung aller Verhandlungen könne nur durch eine deutsche Offenheit im Osten erfolgen. Am 3. Juni 1917 ist folgendes dirigiertes Antworttelegramm an die Schweizer Gesandtschaft abgegangen: Bundesrat Hoffmann ermächtigt die Grimm folgende Mitteilung zu machen: Es wird von Deutschland keine Offenheit unternommen werden, solange mit Ausblau eine gültliche Einigung möglich erscheint. Aus überhöhten Bepfehlungen mit prominenten Persönlichkeiten wie ich die Verhandlungen, das Zusammen- und Ausblau bierwerts einen ehrenvollen Frieden anstreben. Ich bin überzeugt, daß Deutschland und seine Verbündeten auf den Wunsch von Ausblau, Verbündeten sich in Friedensverhandlungen einzutreten wird. Dieses Telegramm ist von unbestimmter Seite entziffert und in der Zeitung 'Sozialdemokrat' nach dem Namen 'Frankreich' in Stockholm veröffentlicht worden. Dieser Schritt ist von Bundesrat Hoffmann sofort zur Kenntnis genommen im Interesse eines allgemeinen Friedens und damit im eigenen Landesinteresse unternommen worden. (S. 1.)

Geplante Ausweisung von 10000 Chinesen aus Petersburg.

Petersburg, 19. Juni. Einer Meldung des Utramer Büros aus der Schweiz zufolge beabsichtigt der Petersburger Staderrat aus sanitären Gründen die Ausweisung von etwa 10000 Chinesen. Gegen diesen Beschluß erhob die deutsche Gesandtschaft in Petersburg Protest mit der Begründung, daß die Ausweisung bestimme auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und China einen ungünstigen Einfluß ausüben könnte. Jedoch wurde der Beschluß über 10000 Unzulässigen, die im arabischen Unland in ihre Heimat zurückkehren würden, in China eine starke antirussische Stimmung hervorgerufen. (S. 1.)

Frankreichs wachsende Not.

Alle in den letzten Wochen aus Frankreich aus den verschiedenen Quellen zu uns herüberkommene Nachrichten lassen die bedrohlich wachsenden Notstandsverhältnisse deutlich erkennen, die sich je länger desto mehr, freiger müssen infolge der mangelhaften Beschaffung des einen oder anderen und der durch die deutsche U-Boot-Politik stetig zunehmenden Einfuhr. Eine wertvolle Beistimmung finden die Nachrichten in neuerdings von uns unter Truppen erbeuteten französischen Briefen. In einem folgender von 19. April heißt es: 'Ich kann Dir nur sagen, daß das Elend täglich größer wird. Es herrscht überall eine gänzliche Mangel an Nahrungsmitteln. Die schlechte Lebenslage der Arbeiter- und Arbeiterklasse.' Und aus Calais wird einem Anzogenen an der Front am 2. Mai geschrieben: 'Wenn der Krieg nicht bald zu Ende geht, kommen wir in traurige Verhältnisse hinein. Wir müssen uns schon aus Hungerlich einfinden und ohne Verzichtbarkeit sind wir dem Hungerstode ausgeliefert. Noch einige Monate U-Boot-Krieg und wir haben rein nichts mehr zu essen.' (S. 1.)

Gewitterstimmung in der römischen Kammer.

Rom, 18. Juni. In einer Sitzung der Reform- tagung wurde eine Schrift zum Unterrichten herangezogen, in der Minister Bissolati auf- gefordert wird, sein Amt niederzulegen. So- wohl diese Gruppe als auch die Radikalen fassten Entschlüsse, die eine starke neue, ausgebrochen inter- ventionistische Regierung fordern. Die Reformtagung haben auch beschloffen, sofort eine erhebliche Sitzung der Kammer zu beantragen. Es findet noch eine gemeinsame Beratung der interventionistischen Gruppen statt. (S. 1.)

Alexander von Regent?

Bern, 18. Juni. Der griechische König Stephan hat mit gemessener Bereitwilligkeit die Krone Königin bis jetzt nicht förmlich abgelehnt, das Bedenken ist die amtliche Veröffentlichung einer Ab- dankungsurkunde bisher nicht erfolgt. Die rechtliche Aufklärung ist vielfach mehr, die, daß König durch Gewalt gezwungen wurde, sich von seinem thron- berechtigen Nachfolger zu trennen, das Land zu verlassen und sich auf Meilen zu begeben. Während dieser Zeit hat er strenge in den Händen seines zweiten Sohnes erhalten, der gewöhnlichen eine Regentenschaft ausübt. (S. 1.)

Italien gegen Venizelos.

Athen, 18. Juni. Der Parteichef Reichsminister des 'Ecolos' teilt mit, daß die Griechische Kon- stantin auf der Zusammenkunft in Sappone beschloffen wurde. Die französischen Delegierten hätten sogar die Ausübung der Republik verlangt, doch hätten die Vertreter eines anderen Landes sich dagegen erklärt, da ihnen der Gedanke Venizelos als Prä- sident zu leben, nicht behagte. Man wählte daher einen Mittelweg und beschloß, einen Rückföhr Venizelos als Ministerpräsidenten nicht in den Weg zu lazen. Man glaubt in Frankreich, daß die natürliche Folge der Ent- scheidung Konstantins die Rückföhr Venizelos oder eines seiner Anhänger an die Spitze der Regierung sein werde.

Zwangspreise für amerikanische Seereslieferungen.

Washington, 19. Juni. Marineminister Daniels hat eine Verordnung erlassen, wonach die Kohlen-, Öl- und Stahlpreise für die Marine zu fixieren, falls die von Schiffen genutzten Mengen zu gering sind, um der Marine- Kommission aufgestellten Tarif festzusetzen worden sind.

Die Radikalen gegen Dato.

Amstel, 19. Juni. 'Lombos' meldet aus Madrid: Die republikanischen reformistischen und radi- kalen Departierten, besonders Melanides Alva- rez, Veltour und Pablo Jaletas vereinigten sich in der Kammer. Sie fassten in einer Erklärung, daß die gegen- wärtigen Verhältnisse es der Demokratie unmöglich machen, in der gegenwärtigen Regierung zu verbleiben. Sie fordern den Zusammenbruch aller linksstehenden Parteien zum Zwecke der Souveränität und der Wiederherstellung der Moral und Ver- rechtigung. Die öffentliche Meinung über die Vereinigung aller linksstehenden Parteien eine große Begegnung.

Goldberhöhung.

Amstel, 19. Juni. Der spanische Kriegsminister Primo de Rivera erwägt die Goldberhöhung für das spanische Militär, um die Preissteigerung der not- wendigen Lebensmittel auszugleichen. (S. 1.)

Zunahme der Zorpedierungen.

Genf, 18. Juni. Im französischen Marineministerium wurde den Pressevertretern mitgeteilt, die Berich- tungen über den U-Boot-Krieg hätten im Laufe der letzten Woche wieder aus außerordentlich zugenommen. Die Schiffverluste erreichten in dieser Woche wieder den Durchschnitt des Monats April. Die Marineabteilung der französischen Marine, Unter- sekretär Denon in der Schweiz und der frühere Unter- staatssekretär der Handelsmarine De Moncel in Paris- Nord, beglückten ihre Mitteilung mit bitteren Kom- mentaren über den Optimismus ihrer Kollegen, die bei jedem Sinken der Schiffverlusten zum Zusammen- bruch des U-Boot-Krieges geschwiegen hätten. (S. 1.)

Die Luftangriffe auf England.

Amsterd., 19. Juni. In einer zahlreich be- suchten Versammlung unter dem Vorsitz des Lordmajo- r wurde ein Beschluß gefaßt, worin die Regierung auf- gefordert wird, zu einer vollen Vertiefung der Luft- fahrt für die deutschen Luftangriffe abzugeben. Als Antwort auf die fortgesetzten Angriffe der Deutschen auf offene (2) englische Städte sollen anderen Man- narten auf deutsche Städte erfolgen. Das Mitglied des Unterhauses, der radikale Abgeordnete Snow, war der Hauptredner. Er erklärte, daß die deutsche Methode ischare Abwehrmaßnahmen notwendig mache. Nicht eher würde das deutsche Volk von der Anspöpfung und der barbarischen Kriegsföhrung überzeugt werden. Der Sprecher erklärte, daß durch das Zusammenarbeiten von England und Frankreich über die deutschen Städte ein Schaden gebracht werden müßte, damit die Deutschen von ihren Manrten ablassen. (S. 1.)

Neue große U-Boot-Erfolge.

London, 19. Juni. (Heute.) Amlich wird mit- geteilt: Ein feindliches Unterseeboot hat am 2. Juni den britischen Transporthampfer Cameroun, 5800 Tonnen, der eine geringe Zahl Frachtgut an Bord hatte, im östlichen Mittelmeer versenkt. 52 Mann der Truppen und 11 Mann von der Besatzung, darunter der Kapitän, werden vermisst.

Madrid, 18. Juni. (Meldung des Corre- spondenz.) 'Ampral' zufolge hat ein Untersee- boot in der Nähe von Kap Spartel den eng- lischen Transportdampfer H. G. 240, 8000 Tonnen, mit Truppen und Kriegsmaterial für Saloniki versenkt. Der Dampfer wurde von vier Unterseebooten besetzt, von denen zwei gleich- falls untergegangen sind, zwei mit schweren Beschä- digungen davonkamen.

In der Nähe der Ebro-Mündung sind die bewaff- neten italienischen Dampfer 'Rosa', 5567 Tonnen, und 'Sirta', 1908 Tonnen, mit 9000 Tonnen Mehl, Eisen und Nahrung des Neu-Teleans nach Genoa unterwegs, versenkt worden. 8 Meilen von Suella entfernt versenkte ein U-Boot den norwegischen Dampfer 'Simita', 5800 Tonnen, mit einer Schiffsbesatzung von Liverpool nach Gibraltar. In der Nähe von Alicante kam es zwischen einem Unterseeboot und einem Geleits- schiff zu einem heftigen Kampf; mehrere Einzelheiten sind.

Die Herstellung eines Rhein-Main-Donau-Schiffahrtsweges.

Amstel, 18. Juni. Am 16. Juni fand hier die erste Be- ratung zu der Herstellung des Rhein-Main-Donau- Schiffsahrtsweges statt. Unter den zahlreichen Vertretern aus Deutschland und Oesterreich- Ungarn waren u. a. aus Bayern erschienen: Reichs- raten, Landtagsabgeordneter Seib-Beckmann, Präsi- dent der Maindecker Handelskammer Richter, Ober- bürgermeister Dr. Geper-Mairberg, Magistratsrat Dr. Steinbühl-München, Reichsrat Weinmann-Mag- burg, Dr. Bausch-Erfurter, der über die Aus- arbeitung eines österröichischen Donau-Gründungs- weges. Im Sinne seiner Ausführungen wurde die Gründung eines österröichischen Niederbundes für die Herstellung eines Gröndungs- weges Rhein-Main-Donau mit dem Prösidium der Kaiser Handelskammer beschloffen.

